№ 5. Sonnabend, 4. Februar. 1865.

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreußischen Postanstalten 7¾ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstraße Nr. 34, 4½ Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

Die Rede des Ministers des Innern.

Der Minister des Innern begann in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. Januar seine Rede mit dem Ausdruck der Genugthuung über den „Ton der Versöhnlichkeit", welchen die Berathung an sich trage. Er erkannte ferner an, daß das Abgeordnetenhaus in die gegenwärtige Stellung „hineingedrängt" worden sei. Für die Regierung nahm er dasselbe in Anspruch und erklärte ausdrücklich: „daß das jetzige Ministerium einen Zustand vorgefunden habe, den es nie herbeigeführt haben würde."

Wir müssen es uns versagen, auf den zweiten Theil der Rede des Ministers des Innern einzugehen, weil er in demselben die Gründe für die ewige Aufrechthaltung der Reorganisation aus der Persönlichkeit Sr. Majestät unsres Königs hernahm. Wir sind der Ansicht, daß eine derartige Beweisführung eine billige nicht genannt werden kann. Die erhabene Stellung, welche der König einnimmt, gestattet keine Widerlegung. Darum ist es von jeher in allen Verfassungsstaaten Grundsatz gewesen, die Person des Herrschers aus dem Streite der Parteien zu lassen. Die Minister des Königs sind für alle Regierungshandlungen verantwortlich, darum haben sie auch kein Recht, sich in der Vertheidigung ihrer Politik auf die Gesinnungen und Eigenschaften des Regenten zu berufen. Die Minister sollen übrigens keine Diener des Fürsten, sondern Diener des Staates sein. In Preußen deutet dies schon ihr Titel „Staatsminister" an, der, in's Deutsche übersetzt, Staatsdiener bedeutet. Das Staatsleben ist so vielgestaltig, daß der Herrscher, und sei er noch so begabt und gebildet, unmöglich alle seine Zweige bis in's Einzelne zu durchdringen vermag. Außerdem bleibt er, wie uns Geschichte und Religion lehren, ein dem Irrthum unterworfener Mensch, der leicht dazu veranlaßt wird, dasjenige für dem Ganzen förderlich anzusehn, was seinen Lieblingsneigungen schmeichelt. Darum sollen die Minister mehr sein, als Diener des Königs, welche einfach die Befehle desselben vollziehen.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede erkannte der Minister ausdrücklich an, „wie das Abgeordnetenhaus nur deshalb so fest an der Nichtbewilligung der Reorganisationskosten festhalte, weil es glaube, daß mit der Vertheidigung seiner Stellung in dieser Frage, die Vertheidigung des von ihm in Anspruch genommenen Budgetrechts zusammenhinge." Diesen Worten fügte er noch folgende hinzu: „Geben Sie die Idee, Ihr Budgetrecht an der Militärfrage zu probiren, auf; suchen Sie irgend ein anderes Thema, irgend ein anderes Feld, auf dem Sie glauben, Ihr Recht geltend machen zu müssen, wenngleich es Ihnen vielleicht schwer werden wird, ein solches zu entdecken, denn Sie werden die Regierung bereit finden, soweit nicht faktische Zustände es unmöglich machen, der Auslegung der gesetzlichen Paragraphen Raum zu geben, auf der Sie bestehen."

Der Minister hat also dem Abgeordnetenhause, nach seinen von uns wörtlich dem Kammerberichte entnommenen Aeußerungen, Folgendes zugestanden:

1) **daß das Haus in dieser Sitzung versöhnlich auftrete,**
2) **daß es den Streit nicht aufgesucht, sondern in denselben „hineingedrängt" worden sei,**
3) **daß es nur deshalb so fest an der Nichtbewilligung der Reorganisation halte, weil es in der Vertheidigung dieses Standpunktes die Vertheidigung seines Budgetrechtes erkenne,**
4) **daß die Regierung derselben Auslegung der gesetzlichen Paragraphen Raum zu geben bereit sei, auf der das Haus bestehe, in so weit nicht faktische Zustände es unmöglich machten.**

So viel Eindruck hat also doch das ruhige Festhalten des Abgeordnetenhauses an dem Rechte gemacht, daß man von Seiten der Regierung die Lehre von der Verfassungslücke aufgiebt. Es begegnen uns indeß in der Rede des Ministers zwei Irrthümer, zu deren Widerlegung wir einige Worte sagen müssen.

Obschon nehmlich der Minister zugiebt, daß das Haus in den gegenwärtigen Zustand „hineingedrängt" worden ist, verlangt er doch, dasselbe solle diesen Kampfplatz aufgeben und sein Budgetrecht auf einem anderen Felde probiren. Das Abgeordnetenhaus hat ja aber, wie er selbst anerkennt, den Streit nicht aufgesucht; es liegt gar nicht und lag nie in dessen Absicht, sein Recht einer Probe zu unterwerfen. Das Abgeordnetenhaus ist auch gar kein unbedingter Gegner jeder Reorganisation, es verlangt nur die Feststellung derselben durch ein Gesetz. Nur so lange diese nicht erfolgt ist, weigert es sich, die Mittel zu ihrer Durchführung zu bewilligen. Verließe es diesen, ihm von seinen Gegnern und von seiner Pflicht gegen das Volk zugewiesenen Kampfplatz, so würde es einfach fahnenflüchtig; die ganze Welt würde es für moralisch besiegt ansehen. Andrerseits aber könnte man, wenn es dem Rathe des Ministers folgte und „sich ein anderes Feld aufsuchte, um auf diesem sein Budgetrecht zu probiren", ihm mit Recht den Vorwurf machen, daß es sich nicht von seiner Rechtsüberzeugung, sondern von dem Wunsche, seine Macht zu zeigen, leiten lasse.

Endlich müssen wir den Minister des Innern an ein Wort erinnern, das er selbst im Herbst des vergangenen Jahres aussprach, als ihm eine Anzahl von Mitgliedern des sächsischen Provinziallandtages zu Merseburg ein Fest gab. Da sagte er ausdrücklich: **„Sprechen wir nicht von Versöhnung, über Grundsätze versöhnt man sich nicht!"** Er sprach dieses Wort im Namen der Regierung und zu den Vertretern seiner Partei. Möge er gerecht sein und anerkennen, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses rücksichtlich ihrer Grundsätze eine gleiche Festigkeit in Anspruch nehmen darf. Zur Verständigung ist dieselbe stets bereit gewesen und hat auch heute noch den ernsten Willen dazu. Den Weg der Versöhnung aber, auf welchen sie der Minister hinweist, kann sie nicht betreten. Das Recht und die Grundsätze, welche sie vertheidigt, sind nicht ihr Eigenthum, über das sie nach freiem Willen schalten kann. Es handelt sich bei dem Streite um die politische Zukunft unseres Volkes. Diese Thatsache darf nie aus den Augen gelassen werden. Deshalb stimmen auch wir dem Ausspruche des Ministers zu und sagen wie er: **„Sprechen wir nicht von Versöhnung! über Grundsätze versöhnt man sich nicht!"** Aber etwas Anderes, und wir meinen etwas Besseres, ist möglich: **man kann sich verständigen.** Freilich gehört dazu der gute Wille beider Parteien. Nicht von dem Abgeordnetenhause **allein** darf das Entgegenkommen erwartet werden.

Politische Wochenschau.

Das parlamentarische Leben tritt augenblicklich äußerlich wenig hervor, da die Kommissionen mit den Vorberathungen der Vorlagen beschäftigt sind. Die wichtigste Kommission, auf welche Aller Augen gerichtet sind, ist unstreitig die Budgetkommission, welcher das von der Regierung vorgelegte Staatshaushaltsgesetz für das Jahr 1865 zur Prüfung überwiesen ist. Sie hat in ihrer Sitzung am 28. Januar beschlossen, vor der Berathung der einzelnen Abtheilungen des Staatshaushaltes zur Erörterung des allgemeinen Standpunktes einen allgemeinen Bericht zu erstatten. Der Beschluß lautet:

I. Zunächst an das Haus über den vorgelegten Staatshaushaltsetatentwurf einen Generalbericht zu erstatten und in demselben insbesondere

mit Rücksicht auf die in dem vorgelegten Entwurfe veranschlagte bedeutende Steigerung der Einnahmen des Staates und auf die gleichzeitig vorgelegten Gesetzentwürfe über die Bewilligung von Anleihen zu prüfen:

a) ob die in allen Kreisen der Bevölkerung hervortretenden Klagen über eine übermäßige und fortdauernd steigende Anspannung der Steuerkraft des Landes begründet sind;

b) eventuell, welche Mittel und Wege vorhanden sind, denselben abzuhelfen oder für die Zukunft vorzubeugen;

c) ob den vielfach hervorgetretenen äußerst dringenden Bedürfnissen der einzelnen Verwaltungszweige durch eine gerechte Vertheilung der Staatsmittel abgeholfen ist.

II. Gleichzeitig in der Kommission vorbehaltlich eines Beschlusses über die Berathung des Militäretats in die Berathungen der übrigen Spezialetats einzutreten; die Beschlüsse über die Feststellung der Einnahmen und Bewilligung der Ausgaben jedoch nur vorläufig mit dem Vorbehalt, später auf dieselben zurückzukommen, zu fassen.

III. Die Königliche Staatsregierung aufzufordern, die über die Veranlagung der Gebäudesteuer in den Jahren 1863 und 1864 erlassenen allgemeinen Ministerialverfügungen und Seitens des Ministeriums ausgearbeiteten Denkschriften der Kommission mitzutheilen.

IV. Mit Rücksicht darauf, daß die in der Thronrede versprochene Vorlage über die Kriegskosten erst nach dem Endabschluß des vergangenen Jahres, also frühestens Ende März 1865 zu erwarten ist, von der Königlichen Staatsregierung Auskunft darüber zu fordern, welche Veränderung in den vorhandenen Mitteln des Staates durch die Führung des Kriegs entstanden sind, insbesondere ob und welche Summen aus dem Staatsschatz entnommen sind.

In der Kommission selbst hat der Kommissar der Regierung, welcher der Sitzung beiwohnte, in Bezug auf die in Nr. 4 erwähnten Kriegskosten geantwortet, er wisse nicht, was der Krieg gekostet habe, und sei auch außer Stande, es zu sagen; ebensowenig, ob die Mittel dazu theilweise aus dem Staatsschatze entnommen seien; er werde aber den Finanzminister fragen, ob er darüber Auskunft geben wolle. Er halte es für unmöglich, schon jetzt die Kosten des Krieges zu veranschlagen. Wenn auf Oesterreich hingewiesen werde, dessen Regierung schon vor einer Reihe von Wochen ihren Kostenanschlag endgiltig aufgestellt haben soll, so könne er darunter nur eine vorläufige, nicht vollständig genaue und erschöpfende Berechnung vermuthen.

Als Referenten für die oben mitgetheilten Anträge sind die Abgeordneten Forkenbeck, Hoverbeck, Michaelis, Twesten und Reichenheim ernannt. Man hofft, daß diese Herren mit ihrem Bericht in etwa drei Wochen fertig sein werden.

Es ist zu vorstehendem Beschlusse zu bemerken, daß die „Kreuzzeitung" sich über denselben sehr entrüstet zeigt; man darf also wohl annehmen, daß er im wohlverstandenen Interesse des verfassungsmäßigen Rechtes gefaßt ist.

In Bezug auf eine der Gesetzvorlagen, welche Bewilligung von Geldern oder Zinsgarantie für Eisenbahnen fordern, hat die vereinigte Finanz- und Handelskommission beschlossen, dieselben zu berathen, aber die Bewilligung von Geldern wird voraussichtlich nur aus den laufenden Geldmitteln erfolgen.

Die Petitionen wegen Abänderung des § 33 der Städteordnung sollen auf Antrag der Gemeindekommission dem Ministerium zur Berücksichtigung überwiesen werden.

In Bezug auf Steuermäßigungen ist bis jetzt ein Antrag des Abgeordneten Kerst auf Aufhebung des Salzmonopols und des Abgeordneten Bering auf Fortfall des Zuschlages von 6 Sgr. auf jeden Thaler Gerichtskosten eingebracht. Wahrscheinlich wird auch noch die Herabsetzung des Briefportos und der Depeschengebühren beantragt werden.

Von dem Abgeordneten Schulze (Delitzsch) und Genossen ist ein Antrag auf Aufhebung der §§. 181 und 182 der Gewerbeordnung vom Jahre 1845 eingebracht worden. Da die Regierung schon wiederholt in Folge von Arbeiterpetitionen ihre Geneigtheit zu erkennen gegeben hat, diese Paragraphen aufzuheben, so ist nicht zu zweifeln, daß diese Bestimmungen, welche die Arbeiter wesentlich in ihren Rechten beschränken, endlich fallen werden.

Der Abgeordnete Rechtsanwalt Velthusen zu Lyck (6. Gumbinner Wahlbezirk) hat sein Mandat niedergelegt. In dem Wahlbezirk Geilenkirchen-Heinsberg-Erkelenz ist an Stelle des Abgeordneten Blum, welcher wegen Beförderung im Staatsdienst sein Mandat verlor, der Professor Hüffer aus Bonn gewählt worden. Derselbe gehört, wie sein Vorgänger, der ultramontanen Partei an.

In Breslau ist der ordentliche Lehrer Dr. Grosser vom Provinzial-Schulkollegium aufgefordert worden, aus dem „Wahlverein" und aus der „städtischen Ressource" auszuscheiden. Die Wahl des Rathmanns Pultke zu Angerburg zum Beisitzer der Kreis-Ersatzkommission ist nicht bestätigt worden. Ein gleiches Schicksal hat die Wahl des Lohgerbermeisters Lorenz in Tempelburg zum Rathmann gehabt. In Greifenhagen sind die vier ausscheidenden Rathmänner: Kaufmann Arnd, Kaufmann Gerloff, Tischlermeister Erhardt und Kalkbrennereibesitzer Läse von der Stadtverordneten-Versammlung wiedergewählt worden. Alle vier Wahlen sind nicht bestätigt worden.

Mecklenburg. Die Auswanderung ist im fortwährenden Wachsen, so daß der Mangel an ländlichen Arbeitern immer stärker hervortritt. Schon im vorigen Jahre sind in diesem überaus fruchtbaren Lande 21,000 Last Getreide wegen Mangels an Arbeitskräften zu Grunde gegangen. Die Regierung versucht alle möglichen Mittel, der Auswanderung zu steuern und den Gutsbesitzern Arbeitskräfte zuzuführen; an eine Aufhebung des Prügelgesetzes denkt sie aber nicht.

Kurhessen. Der Abgeordnete Oetker tritt den Anschuldigungen der Regierungs-Zeitung, als ob er im Namen der liberalen Majorität der hessischen Kammer mit der preußischen Regierung unterhandelt habe, auf das Entschiedenste entgegen. Es scheint fast, als ob die Regierung zu Kassel gefürchtet habe, es werde wegen der Nichtbestätigung des in Bockenheim zum Bürgermeister gewählten Herrn Jungermann ein preußischer Feldjäger in Kassel eintreffen.

Hessen-Darmstadt. Die Regierung bereitet ein Gesetz zur Hebung des Volksschulwesens vor. In dieser Angelegenheit wird sie bei der Majorität der Volksvertretung keine Opposition finden.

Württemberg. Seit dem Regierungsantritt des jetzigen Königs sind von den Gerichten des Landes schon vier Todesurtheile ausgesprochen. Der König hat dieselben jedoch sämmtlich nicht bestätigt, sondern die Strafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Auf diese Art wird die Todesstrafe faktisch in Württemberg abgeschafft, hoffentlich wird sie es auch bald gesetzlich sein.

Baiern. Herr v. d. Pfordten scheint noch immer nicht alle Hoffnung aufgegeben zu haben, seinen Gedanken der Dreitheilung Deutschlands in der einen oder andern Form zu verwirklichen. Es ist anzunehmen, daß er den Anträgen des Herrn v. Beust beim Bunde, die Ausnahme-Gesetze, welche derselbe früher erlassen und die noch in einigen deutschen Staaten in Kraft sind, aufzuheben, nicht ganz fremd ist. Wenn diese Minister mit solchen Anträgen ihre Popularität wiederherstellen wollen, so ist ihnen vorher zu sagen, daß sie sich irren. Wenn sie die betreffenden Gesetze, unter welchen ganz besonders die Presse leidet, endlich unzeitgemäß finden, so mögen sie doch dem Beispiele anderer Regierungen folgen und sie in ihren eigenen Staaten aufheben. Dadurch, daß sie damit warten, bis der Bund es thut, zeigen sie deutlich, daß ihnen selbst an deren Beseitigung nicht viel gelegen ist.

Oesterreich. Die Hoffnung, daß der drohende Konflikt zwischen dem Reichsrath und dem Ministerium sich glücklich werde beseitigen lassen, scheint sich nicht zu verwirklichen. Die Verminderung der Ausgaben, welche der Finanz-Ausschuß zur Vermeidung des Defizits von der Regierung verlangt hat, wird nicht vorgenommen werden, wenigstens nicht in einer genügenden Weise. Die Regierung hat sich allerdings bereit erklärt, die gewünschte Herabsetzung der Ausgaben vorzunehmen, wenn der Reichsrath dagegen die Zulässigkeit der Revirements (Uebertragungen von einem Ausgabe-Posten auf den andern) anerkennen wolle. Diese Uebertragungen würden aber jede Kontrole unmöglich machen, ob die Herabsetzung der Ausgaben auch wirklich da stattfindet, wo sie der Reichsrath für zweckmäßig erachtet, indem sie der Regierung gestatten würden, die für einen bestimmten Zweck bewilligten Gelder für einen andern Zweck zu verwenden. An eine durchgreifende Verminderung der Armee scheint man auch nicht mehr zu denken, im Gegentheil, es deuten gewisse Anzeichen darauf, daß man zum Frühjahr einen Krieg erwartet. Allerdings wünscht Oesterreich, um einen solchen beginnen zu können, einen Vertrag mit Preußen, in welchem letzteres ihm Venetien garantirt, doch sind bis jetzt alle Nachrichten, welche von dem bevorstehenden Abschluß eines solchen Vertrages sprechen, nur als unbegründete Gerüchte zu betrachten.

Frankreich. Die Haltung der Bischöfe, welche die neueste päpstliche Bulle auf alle Weise vertheidigen, macht der Regierung viel zu schaffen, und doch wagt sie nicht gegen die Geistlichen, welche in Frankreich einen großen Einfluß besitzen, mit der nöthigen Energie vorzugehen.

Italien. In Turin haben unbedeutende Unruhen stattgefunden, welche jedoch nicht gegen die gegenwärtige Regierung, sondern gegen die Mitglieder des früheren Ministeriums gerichtet waren. Mit den nöthigen Schritten zur Verlegung der Residenz nach Florenz ist man eifrig beschäftigt und dürfte dieselbe wohl noch im laufenden Monat vollendet werden.

Dänemark. Der Reichstag beschäftigt sich mit einem neuen Strafgesetz, bei dessen Berathung die Abschaffung der Todesstrafe beantragt werden wird.

Rußland. Als ein bedeutsames Zeichen der Zeit verdient mitgetheilt zu werden, daß die in Moskau versammelte Adels-Korporation eine Adresse an den Kaiser gerichtet hat, in welcher sie eine Repräsentation mit zwei Kammern fordert.

Polen. In der Festung von Warschau sitzen noch dreißig zum Tode Verurtheilte, und erwartet man allgemein mit nächstem die Vollziehung des Urtheils.

Amerika. Die Armeen der Nordstaaten rücken unaufhaltsam vorwärts; die Flotte hat das Fort Fisher, das den

Hafen von Willmington beherrscht, genommen. Dadurch sind den Südstaatlern die Zufuhren aus Europa, welche sie trotz der Blokade im reichlichsten Maaße bezogen, abgeschnitten. Es verlautet auch schon, daß der Präsident der Südstaaten sich bereit erklärt habe, in Unterhandlungen wegen des Friedens einzutreten. Der Friede wird jedoch, deß darf man sicher sein, nur auf der Grundlage der gänzlichen Abschaffung der Sklaverei abgeschlossen werden.

Der Feldmarschall Gneisenau.

Einer der Männer, welche sich das größte Verdienst um die Wiederaufrichtung des preußischen Staats, nach dessen Niederwerfung durch den ersten Napoleon, erworben haben, war der Feldmarschall Graf Gneisenau.

Ewig denkwürdig wird seine kühne und wirkungsvolle Vertheidigung von Kolberg im Jahre 1807 bleiben, und noch Größeres hat er in den Jahren 1813 und 1814 als Freund, Gehülfe und Rathgeber Blüchers geleistet und im Jahre 1815 durch die mit beispielloser Entschiedenheit geleitete Verfolgung der bei Belle Alliance geschlagenen Franzosen. So hoch aber auch diese ausgezeichneten Thaten zu veranschlagen sind, fast noch höher wird seine Wirksamkeit in dem zwischen dem unglücklichen Kriege von 1806 bis 1807 und dem Befreiungskriege liegenden Jahren der Ruhe ihm von der dankbaren Nachwelt angerechnet werden müssen. Wohl war es eine traurige Zeit! Zerschmettert lag das Vaterland am Boden. Einem unglücklichen Kriege war ein fast noch unglücklicherer Frieden gefolgt. Mitten in dem um die Hälfte verkleinerten Lande lagen die Besatzungen des Feindes und drückten und peinigten das mit den fast unerschwinglichen Kriegskosten belastete Volk. Indeß, das preußische Volk war durch sein schreckliches Schicksal wohl gebeugt, aber nicht gebrochen!

„Der Schmuck der Zweige war ihm abgehauen:
Da stand es, ein entlaubter Stamm; doch innen
Lebte im Mark die schaffende Gewalt,
Die sprossend eine Welt aus sich geboren."

Der schreckliche Schiffbruch, in welchen die Junker und Diplomaten, welche stolz auf jeden herabsahen, der nicht zu ihrer Zunft gehörte, das preußische Staatsschiff durch ihre Feigheit und Gewissenlosigkeit, durch ihre Verachtung alles Vaterländischen und ihre Feindseligkeit gegen jeden Fortschritt getrieben hatten, öffnete dem Könige die Augen über seine bisherigen Rathgeber. An der Stelle von Haugwitz wurde Stein leitender Minister und von ihm ging die große Revolution des ganzen preußischen Staatswesens aus, welche es später möglich machte die Fremdherrschaft abzuwerfen.

Natürlich war es unmöglich, daß ein einzelner Mann allein so Ungeheures leistete. Ein herrlicher Kreis patriotischer Männer stand ihm zur Seite, und so lange es Preußen giebt, werden neben seinem Namen die Namen von Hardenberg, Schön, Dohna, Scharnhorst und Gneisenau unvergessen bleiben. Wir wollen die Verdienste eines jeden dieser Männer nicht kleinlich gegeneinander abwägen und heute nur das von Gneisenau Geleistete hervorheben, obschon wir keineswegs behaupten, daß seine Genossen nicht eben so Großes geleistet haben.

Nachdem Gneisenau die Vertheidigung Kolbergs siegreich bis zu dem Tilsiter Frieden geleitet hatte, wurde er vom Könige nach Memel berufen, um an der Organisation einer neuen Armee zu arbeiten. Wie ernst er diesen Auftrag nahm, beweisen die von ihm damals gemachte Aufzeichnungen, von denen wir eine nachstehend unseren Lesern mittheilen, weil wir dadurch denselben am besten einen Begriff von dem Geiste beibringen können, welcher diesen trefflichen Mann beseelte.

Er schrieb damals:

„Man hat zeither Alles aufgeboten, um den Menschen finanzistisch und für alle Zwecke der Staatsmaschine nützlich zu bilden, aber bei Weitem weniger ihn frei und edel und selbständig zu machen, als den, der sich fühlt auch ein Theil des Ganzen zu sein und für sich selbst eine Würde zu haben. Dem blos dienenden zu einem ihm unbekannten Zwecke ist es gewöhnlich gleich, wem er diene und wessen Sache er führe; aber der Bürger im Staate, der sein Vaterland kennt und das Glück einer gerechten Regierung unter milden Gesetzen und den Fortschritt zum Besseren in jedem Zweige des inneren Lebens und die Hoffnungen der Zukunft zu schätzen weiß, bringt mit Freuden sein Opfer dar, um diese höchsten aller Güter, wo nicht sich, doch denen zu sichern, denen nach ihm der vaterländische Boden grünt."

„Man klagt über Entnervung und Entartung der Völker; aber nichts hat mehr dazu beigetragen, als die stehenden Heere, die den kriegerischen Geist der Völker und ihren Gemeinsinn zerstörten. Sie sind eine mehr eingebildete, als wirkliche Macht — Tod des Gemeingeistes in Spielerei des Exerzierplatzes — Pressung des Bürgers. — Stehende Heere Stütze des Ehrgeizes, Werkzeug seiner Entwürfe, — die das Verhältniß aller Staatskräfte übersteigen, alle Staats- und Geisteskräfte anspannen, um das Land auch auf andere Art zu erschöpfen. — Steuern, Abgaben; Gut und Blut des gemeinen Mannes, die Quellen des Wohlstandes vermindern sich."

„Schon in ruhigen Zeiten erschöpfte (das stehende Heer) alle Quellen des Reichthums, wie viel mehr in Zeiten der Gefahr und nach Unglücksfällen — Haufen ohne Gemeingeist und Bürgersinn — Schuldenlast — erhöhte Steuern, verfälschtes Geld — Verschwinden des Metalls — Papiergeld — die Banden des Vertrauens und der Liebe, die den Unterthan mit dem Herrscher verbinden, wurden schlaffer, und der Druck der stehen'en Heere war das harte Joch der Furcht, das auf dem Nacken des Volkes die Allmacht der Beherrscher befestigen sollte. Aber im Heere selbst liegt der Keim der Zerstörung. Mißvergnügen, gesteigerte Bedürfnisse, geringer Sold, schlechtes Tuch — von ihrem Heerde gerissen, jammernde Verwandte. Leichtsinn, das Schicksal der Staaten solchen Händen anzuvertrauen. Wenn das stehende Heer vernichtet ist, welche Sicherheit hat dann der Staat? — Die stärkste Stütze der Macht des Herrschers ist unstreitig das Volk. Der Glanz der Kronen, ihre Sicherheit, alle Mittel der Erhaltung beruhen auf ihm — durch stehende Heere trennen die Regierungen ihre Interessen von denen des Volkes."

„Die Aufgabe ist, eine von anderen Völkern beneidete Konstitution (Verfassung) zu haben; dabei die Mittel vorbereitet, um zur entscheidenden Stunde gerüstet dazustehen, andere Staaten zu überleben. — Dahin führen: Wohlstand, Aufklärung, Sittlichkeit, bürgerliche Freiheit; ein Volk arm, roh, unwissend und sklavisch wird es nie mit einem an Hülfsmitteln und Kenntnissen reichen aufnehmen können."

Wir denken, daß diese nun vor bald sechzig Jahren niedergeschriebenen Worte des verewigten Feldmarschalls auch heute noch Geltung haben, leider aber nicht durchweg so beachtet werden, als sie es verdienen.

Druck und Verlag von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Dr. G. Lewinstein in Berlin.